

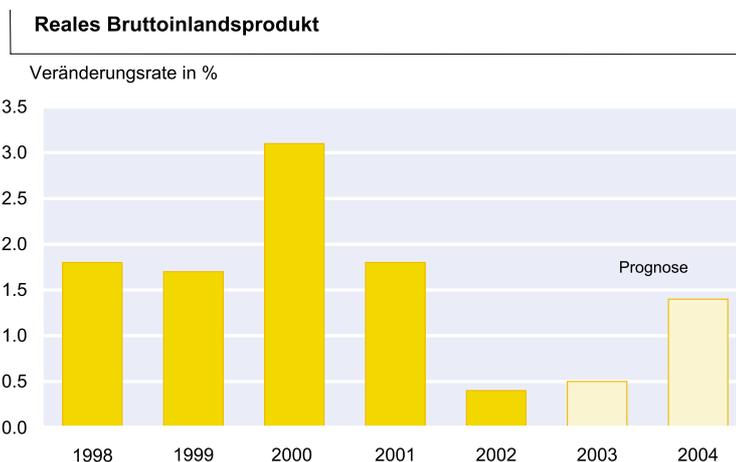
Konjunktureller Kriechgang 2002. Wirtschaftsentwicklung 2003 am Rande der Stagnation. Erholung von Nachfrage und Produktion 2004. Geldpolitik stimuliert auch 2004 spürbar. Lohnpolitik gibt leichte Anstöße. Finanzpolitik etwa konjunkturneutral. Zunächst noch deutlich bremsend wirkt die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar; dieser Effekt lässt jedoch im Laufe von 2004 nach. Defizite der Leistungsbilanz steigen weiter. Preisauftrieb beruhigt sich allmählich. Erst 2004 Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Das soziale und politische Umfeld wird weiterhin stark geprägt von dem polarisierenden Agieren der Regierung und ihres Ministerpräsidenten. Der Reformkurs hat sich nicht beschleunigt, sondern kommt weiter auf Samtpfoten. Die Koalition musste bei den jüngsten Regional-, Provinzial- und Gemeindewahlen Federn lassen und ist auch wirtschaftspolitisch zunehmend zerstritten. Die italienische EU-Präsidentschaft für das zweite Halbjahr 2003 begann mit Dissonanzen im Parlament und mit der EU.

Premierminister Berlusconi hatte 2001 mit dem Parteienbündnis der rechten Mitte (Casa delle Libertà) und seiner inhomogenen »Forza Italia« als tragender Kraft einen beeindruckenden Wahlsieg errungen, welcher seiner Koalition in beiden Kammern des Parlaments die absolute Mehrheit brachte. Möglich wurde dies durch die in der Bevölkerung verbreitete Erwartung, dass er als sehr erfolgreicher Unternehmer die Volkswirtschaft effizienter managen könne als die vorherigen Regierungen. Diese Hoffnungen haben bisher getragen. Die überfälligen Reformen vor allem der Arbeitsgesetzgebung, der Sozialversicherung und des Justizwesens kommen nicht nennenswert schneller voran als unter den politisch anders ausgerichteten Vorgängerregierungen. Die von ihm gemachten Versprechungen wurden bis jetzt zu nur etwa 10% eingelöst. Er managt weniger die Wirtschaft des Landes als seine eigenen Interessen. So hat sich das Parlament vorwiegend mit diesen dienenden Gesetzen befasst. Der Interessenkonflikt zwischen seiner Stellung als mächtigster Medienunternehmer Italiens und Ministerpräsident ist ungelöst, seine Haltung gegenüber der ihn wegen verschiedener Delikte bedrängenden Justiz (allerdings wurde kürzlich die Immunität für die fünf höchsten Amtsträger der Re-

publik verlängert, was die Weiterführung seines Bestechungsprozesses kurz vor dem Urteil verhindert) findet häufig in öffentlichen Tiraden ihren Ausdruck und ist zu einer institutionellen Krise ausgeartet. Hinzu kommt seine Neigung, unter Ignorierung der Gewaltenteilung immer mehr in Entscheidungen einzugreifen, die ihm nicht zustehen. Kürzlich forderte er eine Änderung der Verfassung zur Stärkung der Position des Ministerpräsidenten. Auch zog er sich erheblichen landesweiten Unmut zu mit seiner Unterstützung der US-Intervention im Irak, die wie im übrigen Westeuropa von rund 85% der Bevölkerung abgelehnt wurde. Die durch politisch motivierte Streiks ausgefallene Arbeitszeit hat während seiner Amtszeit sehr stark zugenommen.

Bei den Wahlen zu den Regional-, Provinzial- und Gemeinderäten vom Mai 2003 haben zahlreiche Wähler das Lager gewechselt, was den meisten Koalitionsparteien deutliche Niederlagen brachte und eine Krise innerhalb der Regierung auslöste, die seitdem durch verschiedene Vorkommnisse verschärft wur-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

de. Die »Lega Nord« drohte sogar mit dem Verlassen der Koalition; auf diese Weise hatte sie 1994 das erste Kabinett Berlusconi nach nur siebenmonatiger Amtszeit zu Fall gebracht. Aber die parlamentarische Mehrheit der Regierung ist ohne diese rechtslastig-separatistische Formation gesichert. Zudem ist die »Alleanza nazionale« ob der Wahlschlapfen unruhig geworden. Außerdem profiliert sich die kleine christdemokratische UDC, die bei den jüngsten Wahlen erhebliche Stimmengewinne verbuchte, zunehmend als gemäßigte Kraft in der Regierung, was deren Handlungsfähigkeit weiter einschränkt, während sich beim lange heftig zerstrittenen Oppositionsbündnis »Ulivo« Stabilisierungstendenzen zeigen.

Ein Alarmzeichen für den Premierminister ist aber auch die vor kurzem vom führenden Arbeitgeberverband Confindustria und den drei großen **Gewerkschaften** geschlossene »Übereinkunft für Entwicklung, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit«, in welcher gegenüber der Regierung auf vier Gebieten handfeste finanzielle Forderungen gestellt werden. Damit haben sich die während der letzten Jahre arg zerstrittenen Sozialpartner erstmals wieder auf ein grundlegendes Abkommen geeinigt. Dabei sind die Syndikate gespalten wie seit Jahren nicht mehr, da es der Regierung gelungen ist, sie in einigen Fragen auseinander zu dividieren. Dies war zum einen bei den Lohntarifverträgen 2003/2004 und zum anderen beim Kündigungsschutz der Fall. In beiden Fällen vertraten die Verbände CISL und UIL gemäßigte Positionen – wie etwa beim Mitte 2002 mit der Regierung geschlossenen, auf behutsame Arbeitsmarktreformen abzielenden »Pakt für Italien« – und kooperierten mit der Regierung, während die große CGIL maximalistische Standpunkte vertritt und immer weiter vom Reformweg abweicht. In dieser Verweigerungshaltung wurde sie – nicht zuletzt durch das bereits am Quorum gescheiterte Referendum (Juni 2003) über die Ausdehnung des rigiden Kündigungsschutzes auch auf Unternehmen mit bis zu 15 Beschäftigten – erschüttert. Im Lager der **Arbeitgeber** zeigen sich im Zuge des wirtschaftlichen Wandels deutliche Veränderungen. Die traditionell von wenigen Unternehmersdynastien gelenkte »Italien AG« bröckelt im Zuge von Deregulierung und Globalisierung, zuletzt zusätzlich erschüttert durch die Krise beim »Flaggschiff« FIAT, deren retardierende Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft erheblich über das bei 1/2% des BIP liegende Produktionsvolumen des Autokonzerns hinausgehen. Die auch über das Finanzwesen hinaus einst übermächtige Mediobanca verliert weiter an Einfluss. Seit vor drei Jahren kein Vertreter des etablierten »Industrieadels«, sondern ein Repräsentant der Mittel- und Kleinunternehmen zum Präsidenten der sehr einflussreichen und gut organisierten etwa 110 000 Mitglieder umfassenden Confindustria gewählt wurde, kommt es immer häufiger zu Auffassungsunterschieden innerhalb des Verbandes, wie gegenüber Gewerkschaften und Regierung aufzutreten sei.

Die **Arbeitskämpfe** haben während der letzten beiden Jahre sehr stark zugenommen. Dies, obwohl die Regierung anders als 1994 eine frontale Konfrontation mit den Gewerkschaften vermieden hat und sie in Einzelfragen zu spalten versucht.

Italien übernahm am 1. Juli 2003 die **EU-Präsidentschaft** für das laufende Halbjahr. Hierin wird die Regierung auch von den italienischen Oppositionsparteien unterstützt. Doch befürchtet man nicht nur in Brüssel, dass Berlusconi wie seit seinem Amtsantritt weiter prononciert die nationale Karte spielt, hierin dem spanischen Premier Aznar sehr ähnlich. Italien will bei den Diskussionen über die EU-Verfassung als Vermittler fungieren, das lädierte Verhältnis Westeuropas zu den USA verbessern, die Osterweiterung der EU fördern, die das Land allmählich überfordernde Flüchtlingsproblematik mit Hilfe einer europäischen Asylpolitik lösen, die Konjunktur durch ein grenzüberschreitendes kreditfinanziertes 70 Mrd. € schweres Infrastrukturprogramm (das wenig Zustimmung findet) stützen und EU-Regularien für die Rentenversicherungen einführen, um auf diese Weise das diesbezügliche Problem im eigenen Lande zu lösen. Durch den verunglückten Start der Präsidentschaft Berlusconis sind die Chancen für die Realisierung dieser Vorhaben gering.

Wirtschaftspolitisch ist auf absehbare Zeit keine Änderung des zögerlichen Reformkurses und der wenig nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu erwarten. Weichenstellungen für ein neues »Miracolo economico« lassen sich nicht erkennen. Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik heuer und 2004 insgesamt nur geringe Anstöße.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 0,2%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2 1/2%. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 0,8% und in Deutschland um 0,2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um 2 3/4% expandiert.

In **Italien** wurde die Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab dem zweiten Quartal von einer konjunkturel-

len Erholung abgelöst, die im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Volkswirtschaften auch im vierten Quartal noch anhielt. Das war auf die Zunahme von Bruttoanlageinvestitionen und privatem Konsum infolge fiskalischer Stimulierungsmaßnahmen zurückzuführen. Der öffentliche Verbrauch wurde hingegen im Verlauf des Jahres nicht ausgeweitet. Die Ausfuhr nahm während der ersten drei Quartale beschleunigt zu und stagnierte anschließend, während der Import über das ganze Jahr hinweg sogar kräftig expandierte. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** ist um 0,4% gestiegen, nach 1,8% 2001. Die mit der Teilnahme am Euro-Raum verbundene Talfahrt der Zinsen wirkte sich zwar bei den Staatsfinanzen deutlich aus, nicht aber bei der Produktionsentwicklung. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage weiterhin, wenn auch langsamer als zuvor. Der Preisauftrieb war im westeuropäischen Vergleich kräftig und setzte sich nach einem Teuerungsschub zu Jahresbeginn zwar langsamer, aber stetig fort. Die Leistungsbilanz geriet erstmals seit 1992 wieder in die roten Zahlen.

Der **private Konsum** wurde um 0,4% ausgeweitet. Im Verlauf setzte sich die während des Jahres 2001 zu beobachtende tendenzielle Stagnation im ersten Halbjahr fort. Anschließend nahm er trotz gleichzeitig verschlechtertem Konsumklima deutlich zu. Die Diskrepanz erklärt sich vor allem aus der bis März 2003 befristeten Senkung der Zulassungssteuer bei Neuwagenkäufen von 350 auf 50 € und den für das zweite Halbjahr gewährten fiskalischen Anreizen zum Kauf umweltfreundlicher Autos. Der Absatz dauerhafter Güter profitierte auch vom weiter kräftigen Anstieg des Wohnungsneubaus. Bei moderaten Lohnerhöhungen und verlangsamt zunehmender Beschäftigung sind die realen verfügbaren Einkommen um 1/2% gestiegen. Hierzu trugen auch die Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge und die deutlich erhöhten Mindestrenten bei. Allerdings erhöhte sich auch die Sparquote. Der Verfall der Aktienkurse war für die Konsumententwicklung kaum relevant, da nur wenige private Haushalte Aktien besitzen. Der **öffentliche Verbrauch** hat im Jahresverlauf infolge sinkender Zinsaufwendungen und Konsolidierungsbemühungen etwa stagniert. Gegenüber 2001 errechnet sich wegen des Überhangs zu Jahresbeginn gleichwohl eine Zunahme um 1,7%.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 0,5%, wobei allerdings zu Jahresbeginn ein spürbarer Unterhang bestand) nahmen im Laufe des Jahres infolge der steuerlichen Investitionsförderung durch die »Legge Tremonti Bis« (eine derartige, nach dem Wirtschafts- und Finanzminister benannte Maßnahme war bereits 1994 ergriffen worden) deutlich zu. Dieses im Herbst 2001 erlassene Gesetz zeigte zunächst wenig Wirkung – die Investitionen sanken auch noch im ersten Quartal 2002. Anschließend stimulierte es jedoch mit Blick auf die Befristung (Ende 2002) sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen, die im zweiten Halbjahr spürbar expandierten. Dieses Reaktionsmuster war bereits bei

»Tremonti Uno« beobachtet worden. Im Gegensatz zu letzterem konnten jetzt nicht nur Industrie- und Handelsbetriebe, sondern auch Banken, Versicherungen und Freiberufler von den Steuerermäßigungen Gebrauch machen. Diese beliefen sich auf 50% der über dem Durchschnitt der Jahre 1996/2000 liegenden Investitionen. Dabei war auch in sachlicher Hinsicht eine Erweiterung des Spektrums erfolgt. Neben der Anschaffung von neuen materiellen und immateriellen Anlagegütern einschließlich gewerblich genutzter Immobilien (inkl. Leasing) waren die Erweiterung und Modernisierung von Anlagen sowie die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung der Belegschaft abzugsfähig. Zusätzlichen Schub erhielt »Tremonti Bis« durch die gesunkenen Finanzierungskosten; eine Kreditklemme war bei der befriedigenden Lage des Finanzsektors nicht zu beobachten. Auch wurden die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie etwas besser als im Durchschnitt der neunziger Jahre (77%) ausgelastet. Etwas schwächer als die Ausrüstungsinvestitionen stiegen die Bauinvestitionen, die etwa zwei Drittel der Bruttoanlageinvestitionen ausmachen. So schränkte die öffentliche Hand ihre Investitionen im Verlauf als Reaktion auf ihre Finanzlage ein. Beim industriell-gewerblichen Bau ließ der Schwung der Vorjahre erheblich nach, zumal vielfach die Leerstände bei Gewerbeimmobilien zunahmen und die Entwicklung der Mieten zu kippen begann. Demgegenüber ist der Wohnungsneubau zwar nochmals kräftig ausgeweitet worden, doch gingen die diesem gegenüber gewichtigeren Renovierungen als Folge steuerlicher Förderungen während der späten neunziger Jahre zurück.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen ist um 1% gesunken. Allerdings bestand zu Beginn des Jahres ein beträchtlicher Unterhang, und im ersten Quartal ging die Ausfuhr nochmals kräftig zurück. Anschließend kam es im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung zu einem raschen Anstieg, der jedoch schon im vierten Quartal vor allem infolge der erlahmenden Europa-Konjunktur endete. Die Export-Performance der Wirtschaft verschlechterte sich weiter. Das gilt nicht nur gegenüber der immer spürbarer werdenden chinesischen Konkurrenz, sondern auch gegenüber fast allen anderen westeuropäischen Ländern. Die Ursache liegt in den überdurchschnittlich hohen Lohnstückkosten, mitbedingt durch sinkende Arbeitsproduktivität. Zudem spielte die rasche Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro eine Rolle, wovon auch der Ausländertourismus merklich betroffen war. Die **Einfuhr** wurde im Zuge der lebhafter expandierenden Inlandsnachfrage um 1,5% ausgeweitet. Trotz verbesserter Terms of Trade errechnete sich erstmals seit 1992 ein Fehlbetrag (0,3% des BIP) der **Leistungsbilanz**. Sinkenden Aktivsalden der Handels- und der Tourismusbilanz standen steigende Defizite der anderen Komponenten gegenüber.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter, wenn auch weniger rasch als in den beiden Vorjahren. Die Be-

schäftigung wurde um 1,1% ausgeweitet, wobei sich weiterhin die stimulierenden Effekte der vorsichtig liberalisierten Arbeitsgesetze u.a. in einer fortgesetzten Zunahme sowohl der Teilzeitbeschäftigung als auch der Zahl befristeter Anstellungsverträge zeigen. Vor allem im privaten Dienstleistungssektor und in der Bauwirtschaft wurden die Belegschaften aufgestockt, doch stellte auch die Industrie erstmals seit 1998 per saldo Kräfte ein. Die Arbeitslosenquote ist im Schnitt des Jahres auf 9% gesunken.

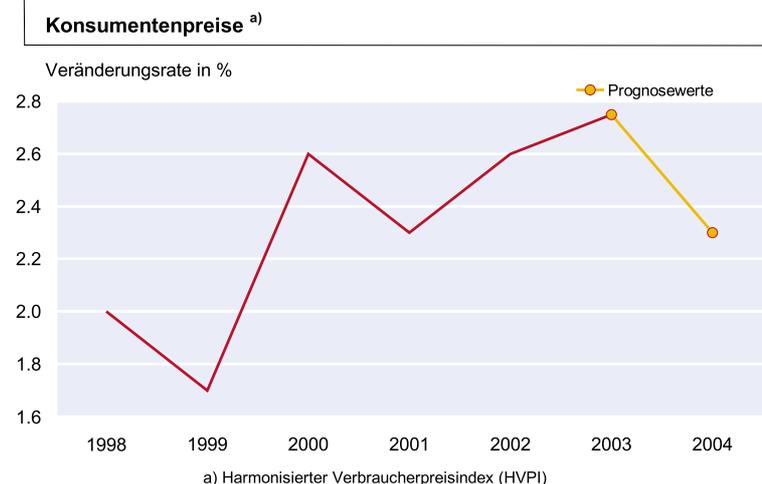
Die Preisentwicklung war von einem Teuerungsschub zu Jahresbeginn und einem anschließend zwar schwächeren, aber stetigen Auftrieb gekennzeichnet, obwohl die Preise für öffentliche Dienstleistungen während der letzten vier Monate vielfach eingefroren wurden und die Energiepreise stabilisierend wirkten. Die Einführung des Euro-Bargelds wurde vor allem von Hotels und Gaststätten zu kräftigen Preiserhöhungen genutzt, obwohl die Behörden verschiedentlich Kontrollen durchführten. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) lagen um 2,6% über dem Niveau des Vorjahres. Die Rate übertrifft den westeuropäischen Durchschnitt (2%) deutlich. Der inflationäre Effekt der Einführung des Euro-Bargelds wird unterschiedlich beziffert. Während das Industrieministerium 0,2 Prozentpunkte des Preisanstiegs errechnete, kommen Zentralbank und Statistisches Zentralamt auf annähernd einen Prozentpunkt.

Wirtschaftspolitik

Entsprechend dem für die Jahre 2003/2005 entwickelten Konzept stellt die Regierung auf weiteren strukturellen Wandel und deutliches Wirtschaftswachstum ab. Die Strukturveränderungen werden allen Notwendigkeiten zum Trotz in dem seit Jahren üblichen gemessenen Tempo, also in kleinen Schritten vorankommen – der große Wurf wird jedoch ausbleiben. Denn man bleibt bestrebt, möglichst im Konsens zu handeln und die engen Grenzen des Möglichen nicht zu überschreiten. Das gilt gerade für die wichtigsten Punkte: das Arbeitsrecht, die Sanierung der Sozialversicherung, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen begleitet von einer Steuerreform zur Verringerung der Abgabenbelastung. Weitere Teile der Schattenwirtschaft sollen zum Auftauchen gebracht, die Privatisierung staatlicher Unternehmensanteile fortgeführt und Liberalisierungen sowie Deregulierungen forciert werden. Ferner sind mittelfristig steigende öffentliche Infrastrukturinvestitionen geplant. Auf kurze Sicht erhält die Konjunktur von der Wirtschaftspolitik insgesamt nur geringe Anregungen. Zwar stimuliert die Geldpolitik noch bis weit in das Jahr 2004 hinein, und der nachlassende Preisauftrieb ermöglicht steigende Reallöhne. Auch dürfte die Fi-

nanzpolitik leichte Anstöße geben. Doch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bremst, wenn auch im kommenden Jahr mit abnehmender Intensität.

Von der **Geldpolitik** bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest (nunmehr soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe zwei Prozent« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,2% (im Mai 2003 um 8,5% über dem Niveau vom Mai 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 4,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75%, im März 2003 auf 2,5% und im Juni auf 2% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Und selbst wenn es zu keiner weiteren monetären Lockerung kommt, wird der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reichen. Für **Italien** sind die Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum zu hoch, aber



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gemessen an den stabilitätspolitischen Erfordernissen etwas zu niedrig. Auch wird die bei 2¹/₂% liegende Teuerung weiterhin stärker sein als im westeuropäischen Durchschnitt. Dies, obwohl der Euro 2002 in Relation zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen hat. Im Juni 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 22,2%, wobei der Euro-Kurs das Niveau der Jahre 1997 und 1998 erreichte, dieses zuletzt jedoch wieder deutlich unterschritt. Zur Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA und deren hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die **Finanzpolitik** ist konjunkturneutral ausgerichtet, dürfte die Konjunktur indes heuer etwas, 2004 aber kaum noch stützen. Die für beide Jahre angestrebten Konsolidierungsziele werden verfehlt, 2004 möglicherweise die 3-Prozent-Marke überschritten. Die Bekenntnisse zur Aufrechterhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes kontrastieren mit den verschiedenen, oft im Schulterschluss mit Frankreich unternommenen Versuchen, diesen aufzuweichen; jüngst wurde vorgeschlagen, die Forschungsausgaben bei der Berechnung der Staatsdefizite auszuklammern. Die Konsolidierungsorientierung wird beibehalten, doch ermangelt sie der Nachhaltigkeit, wie die seit einiger Zeit im Schwange befindlichen Einmal-Aktionen zur Verbesserung der Einnahmen zeigen. Auch die Glaubwürdigkeit wird beschädigt, denn es ist nicht zu sehen, wie die angekündigte Forcierung der im »Piano decennale per le grande opere« vorgesehenen großen öffentlichen Investitionsprojekte angesichts des sehr gering angesetzten realen Anstiegs der Staatsausgaben erreicht werden soll. Vor allem aber schafft man es nach wie vor nicht, mit strukturellen Maßnahmen bei der Ausgabenseite anzusetzen, also in erster Linie im brisanten Renten- und Gesundheitsbereich. Der Staatshaushalt 2003 sieht einen Rückgang der Staatsverschuldung auf 1,5% des BIP (nach 2,3% im Jahre 2002; unter Ausklammerung von Einsparungen bei den Zinsen und Una-tantum-Maßnahmen wie Fluchtgeldamnestie und Immobilienverkäufen hätten sich 4% errechnet) vor. Geplant sind Ausgabenkürzungen (gegenüber dem mittelfristigen Finanzplan) von 20 Mrd. €, u.a. durch geringere Zuweisungen an die Regionen (die vermutlich entsprechend Steuern und Abgaben erhöhen) und Abstriche an den Verwaltungskosten. Ferner soll die Verwaltung bei Käufen von Gütern und Diensten sowie bei Subventionen erheblich sparen. Außerdem sinkt der Aufwand für die Verzinsung der Staatsschuld wiederum beträchtlich. Gleichzeitig wurde jedoch die bereits für 2002 vorgesehene Senkung der Einkommensteuer für Geringverdiener so-

wie der Körperschaftsteuer Irpeg (von 36 auf 34%) um insgesamt reichlich 6 Mrd. € realisiert. Auf der Einnahmenseite sollen die Erträge aus Privatisierungen und Liegenschaftsverkäufen oder deren Verbriefung steigen. Beträchtliche weitere »Una tantum«-Erträge verspricht man sich auch von den mittlerweile 15 verschiedenen Steueramnestien (u.a. für hinterzogene Einkommen-, Vergnügungs-, Mehrwert-, betriebliche Vermögen-, Kfz-Steuern). Die Deklarierungsfrist endet nach mehrfacher Verlängerung am 16. Oktober 2003, für den »Scudo fiscale bis« (2002 hatte es schon eine derartige Amnestie gegeben) am 30. September 2003. Auch dieser gewährt die Möglichkeit zur Legalisierung von im Ausland liegendem undeklariertem Vermögen (amtlich spricht man von umgerechnet 500 Mrd. €) nun einschließlich der Unternehmen, was der Legalisierung von Geldwäsche gleichkommt. Wer hiervon Gebrauch macht, zahlt 2,5% des Wertes. Die bisherige große Resonanz auf die vielen Amnestien seitens der Delinquenten lässt erwarten, dass die hieraus fließenden Einnahmen den Etatansatz von 8 Mrd. € um fast das Doppelte übertreffen. Die letztjährige Fluchtgeldamnestie hatte zur Rückführung oder Offenlegung von ca. 60 Mrd. € geführt, darunter etwas mehr als die Hälfte aus bzw. in der Schweiz. »Scudo fiscale bis« hat bis Mitte Mai jedoch erst 10,5 Mrd. € eingebracht. Der Erfolg wäre vermutlich größer gewesen, wenn die »Scudi fiscali« durch einen mäßigen Steuersatz auf Kapitalerträge flankiert worden wären, wie ihn Belgien und Österreich kennen und wie er in Deutschland geplant ist. Steueramnestien verschiedener Art hatte es bisher schon gegeben. Allerdings provoziert deren zuletzt große Zahl und hohe Kadenz zu Recht Kritik im In- und Ausland. Die Einnahmen hieraus werden jedoch dringend benötigt. Denn das Budget 2003 basiert auf einem unrealistisch hoch angenommenen Wirtschaftswachstum von 2,3%. Statt der geplanten 1,5% des BIP dürfte das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand bei 2³/₄% liegen, und das auch nur mit Hilfe eines Nachtragshaushalts. Die Staatsverschuldung dürfte nicht weiter sinken und etwa dem Stand von 2002 (106,7% des BIP) entsprechen. Sie war Ende 2002 durch eine umfängliche Konversion von bei der Zentralbank liegenden Staatspapieren gedrückt worden. Das wäre – vor Belgien und Griechenland – die höchste Schuldenquote aller westeuropäischen Länder.

Die **Einkommenspolitik** leidet ebenfalls unter den Differenzen zwischen den Gewerkschaftsverbänden. So konnte in der Privatwirtschaft kein gemeinsamer Lohntarifvertrag für die Jahre 2003 und 2004 ausgehandelt werden. Doch haben z.B. die gemäßigten Gewerkschaftsverbände CISL und UIL mit Federmeccanica, dem Verband der metallverarbeitenden Industrie, ein von Mitte 2003 bis Ende 2004 terminiertes Abkommen geschlossen. Dieses sieht für die beiden Jahre Lohnerhöhungen von jeweils 4,3% vor. Hierbei wurde die regierungsseitige Inflationsprognose von 1,4% (2003) und 1,3% (2004) übernommen. Das heißt, es wird jeweils in den Folgejahren auf Branchen- und Betriebsebene zu

mehr oder minder hohen Nachforderungen kommen, da die Teuerung mit Sicherheit stärker sein wird. Dieser Abschluss markiert den oberen Rand der italienweiten Lohnanhebungen. Im Durchschnitt dürften die Löhne heuer um $3\frac{1}{2}\%$ steigen, also wieder stärker als im westeuropäischen Durchschnitt. Da die Produktivität neuerlich unterdurchschnittlich zunimmt, bedeutet dies eine Verschlechterung der ohnehin angeschlagenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Energiepolitisch wird es auf dem Elektrizitätssektor nach jahrelanger Untätigkeit eng. Im Juni dieses Jahres kam es für Privathaushalte und Unternehmen infolge der großen Hitze zu zahlreichen Stromabschaltungen, da die eigenen Kapazitäten (offiziell 77 000 Megawatt, tatsächlich wegen Umrüstung, Umbau, Umweltbelastung etc. de facto vermutlich nur 49 000 MW) und die Importmöglichkeiten den Bedarf nicht mehr decken konnten. Seit annähernd zwei Jahrzehnten wurden keine neuen Kraftwerke mehr errichtet. Aus der Atomenergie ist man Ende der achtziger Jahre ausgestiegen und hat sich darauf verlassen, dass die stetig wachsende Produktionslücke durch Importe (überwiegend aus Frankreich) gedeckt werden kann. Auch liegen die Stromtarife für Unternehmen trotz angelaufener Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes um etwa die Hälfte über dem westeuropäischen Durchschnitt, was deren internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Zwar ist in letzter Zeit der Bau von drei Energiezentralen in Angriff genommen worden. 16 weitere Projekte sind genehmigt, doch stockt die Realisierung, weil die Investoren erst die gesetzliche Ausformung der weiteren Liberalisierung des Strommarktes abwarten wollen. Wenn diese endlich fixiert ist, könnte es als Ergebnis der bei den über 1 000 kommunalen Stromerzeugern laufenden Fusionswelle zu weiteren Kraftwerksprojekten kommen. Die staatlich kontrollierte ENEL, der etwa die Hälfte der Kraftwerkskapazität gehört, will neue Kraftwerke auf Kohlebasis errichten, wie überhaupt die Abhängigkeit von Erdöl und Gas verringert werden soll.

Ordnungspolitisch geht es weiter langsam voran. Neben Deregulierungen und Liberalisierungen kommt es indes auch immer wieder zu wettbewerbswidrigen Maßnahmen, wie z.B. das Mitte 2002 erfolgte Eingreifen zugunsten des sich in einer schweren Krise befindenden FIAT-Konzerns (Anteil am italienischen PKW-Markt etwa 30%).

Die Deregulierung der **Arbeitsgesetzgebung** ist auch unter der Regierung Berlusconi nicht wesentlich schneller voran gekommen als bisher. Die stetige Besserung der Arbeitsmarktlage während der letzten Jahre ist fast gänzlich den Deregulierungen des 1998 geschlossenen »Pacto Treu« zu danken. Das im Juni 2003 vom linken politischen Spektrum und dem diesem nahestehenden Gewerkschaftsverband CGIL lancierte Referendum für eine Ausdehnung des ohnehin rigiden Kündigungsschutzes auf Unternehmen mit bis zu 15 Arbeitnehmern erreichte nicht einmal das Quo-

rum. Damit wurde der Weg für weitere Minireformen der Arbeitsgesetzgebung frei, nachdem Anfang 2003 bereits kleine Fortschritte erzielt worden waren: Die wenig effiziente monopolistische staatliche Stellenvermittlung wird privatisiert, Jobsharing, Beschäftigung auf Abruf und Job-Leasing werden zugelassen. Aber auch diese neuen Anstellungsformen sind stark reglementiert ebenso wie die neuerdings erleichterte Teilzeitarbeit. Allmähliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes geht also mit zusätzlicher Reglementierung einher.

Die **Privatisierung** ist 2002 ins Stocken geraten, nachdem zwischen 1993 und 2001 durch die vollständige oder teilweise Veräußerung staatseigener Unternehmen reichlich 120 Mrd. € Erlöst werden konnten. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen geleistet. Doch gab der Staat nur in etwa einem Drittel der Fälle die Kontrolle der Firmen aus der Hand und kontrolliert jetzt immer noch 21 Großunternehmen. Bei den kommenden Teilprivatisierungen will man ebenso verfahren, etwa beim Schiffbauunternehmen Fincantieri, der Fährrederei Tirrenia, dem Elektrizitätskonzern ENEL, dem Mineralölkonzern ENI sowie dem notorischen Verlustbringer Alitalia. Die restliche Beteiligung an Telecom Italia soll jedoch gänzlich abgestoßen werden. Staatsbahnen, Post werden hingegen noch lange voll in staatlichem Besitz bleiben. Aktuell ist derzeit die gänzliche oder teilweise Privatisierung des Flughafens Mailand sowie von sechs kleineren Flugplätzen (u.a. Bologna, Palermo, Pisa). Der gänzliche Verkauf der Tabak-Regie ETI läuft jetzt an und wird der Staatskasse mindestens 1,2 Mrd. € bringen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **USA** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um $2\frac{1}{4}\%$. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um ca. 1%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um fast $2\frac{3}{4}\%$ zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um $\frac{1}{2}\%$ ausgeweitet; für die EU und für den Euroraum ist eine etwa gleich hohe Rate zu erwarten, während es in Deutschland gegenüber 2002 unverändert bleibt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 27,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 6%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von $3\frac{3}{4}\%$.

Die politische und ökonomische **Entwicklung Italiens seit 1945** zeigt besonders starke Schwankungen: Das »Miracolo economico« in den fünfziger, die Expansionsabschwächung in den sechziger, der allgemeine Niedergang in den

siebziger Jahren sowie die erstaunliche Revitalisierung ab 1983. Die verschiedenen fast existenzbedrohenden Phasen konnten im Rahmen der Verfassung gemeistert werden, wenn auch unter Hinnahme sehr hoher öffentlicher Finanzierungsdefizite (1985: 12,7% des BIP) und einer bis 1994 auf 123,8% des BIP gestiegenen Staatsverschuldung. Diese ist zuletzt auf 106,7% geschrumpft, und die jährlichen Fehlbeträge sind auf unter 3% gesunken. Gleichzeitig ist der einst übermächtige und starre staatliche Wirtschaftssektor durch Privatisierungen erheblich ausgedünnt und die industriepolitische »Programmazione« aufgegeben worden. Gleichzeitig wurde – oft genug mit gehörigem Nachdruck aus Brüssel – vieles liberalisiert und dereguliert, einschließlich des Arbeitsrechts. Anfang 2004 tritt ein grundlegend modernisiertes Gesellschaftsrecht in Kraft. Aber die bisherigen Schritte erfolgten zu langsam und waren zu kurz. Drängend sind vor allem tief greifende strukturelle Reformen von Sozialstaat und Arbeitsmarkt. Hiervon hängt auch die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ab, die schnellere Fortschritte und vor allem solidere Maßnahmen als bisher erfordert. Hinzu addieren sich u.a. in der Energiepolitik schwere Versäumnisse, wie die seit fast zwei Jahrzehnten gefährdete Elektrizitätsversorgung zeigt. Eine Beschleunigung des Reformtempos ist nicht abzusehen, auch weil der Organisationsgrad der Arbeitnehmer mit 35% hoch ist und die einflussreichen Gewerkschaftsverbände Deregulierungen nur zögerlich zustimmen. Ohne deren Kooperation geht es aber auch nicht, wie im April dieses Jahres der erste Generalstreik seit 20 Jahren zeigte, der sich gegen eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes richtete. Italien dürfte somit weiter an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren, das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum (obwohl die 20 tarifvertraglichen Urlaubstage deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegen) relativ gering und der Preisauftrieb verhältnismäßig rasch bleiben wird. Dies auch, weil nur rund 1% des BIP für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden, gegenüber 2% im westeuropäischen Durchschnitt. Zudem ist Italien für ausländische Direktinvestitionen eines der unattraktivsten Länder Westeuropas, was auch mit der langsam und kompliziert arbeitenden Verwaltung, dem längst überholungsbedürftigen Rechtswesen und der verhältnismäßig hohen Steuer- und Abgabenlast zusammenhängt. Letztere ist jedoch auch im Zusammenhang mit dem, trotz jahrzehntelanger staatlicher Unterstützungszahlungen entwicklungsmäßig weiter erheblich nachhinkenden Mezzogiorno zu sehen – womit sich Parallelen zur Lage in Deutschland aufdrängen. Andererseits kommt die Restrukturierung der Großunternehmen, auch der staatlich kontrollierten, gut voran (wenn man einmal von Krisenfall FIAT absieht), und der Finanzsektor zeigt sich ordentlich fundiert. Breit ist nach wie vor die Schicht der international wettbewerbsfähigen mittelständischen Unternehmen. Die vielen Kleinunternehmen sind ungebrochen vital und wendig (vielfach als Teil der in einer Größenordnung von einem Viertel des BIP vermuteten »Economia sommersa«,

deren weitgehende Duldung eine bedeutende angebotspolitische Komponente der Wirtschaftspolitik bildet). Vielfach wird übersehen, dass es hauptsächlich diese beiden Bereiche sind, welche interne und externe Schocks aufzufangen haben.

Die **konjunkturelle Entwicklung in Italien** hat nach dem durch »Tremonti Bis« gepuschten Produktionsschub im zweiten Halbjahr 2002 im ersten Quartal annähernd stagniert. Klimaindikatoren und Auftragseingänge lassen auf eine Stagnation im zweiten Quartal schließen. Diese Entwicklung resultiert nicht nur aus dem flauen weltwirtschaftlichen Umfeld sowie aus den Unsicherheiten und Energiepreisteigerungen im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt, sondern auch aus der Befristung von »Tremonti Bis« auf Ende 2002. Wie bei früheren Investitionsprogrammen dieser Art folgt auf den hierdurch ausgelösten Schub ein Rückgang, weil ohnehin geplante Investitionen vorgezogen werden, die anschließend fehlen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte lediglich um $\frac{1}{2}\%$ expandieren (die Regierung hatte vorigen Herbst noch mit 2,3% gerechnet, die Erwartungen jedoch mehrmals nach unten revidiert), zumal die Wirtschaftspolitik nur sehr geringe Anregungen gibt und erst allmählich Impulse aus dem Ausland kommen. Die Rate könnte indes noch niedriger ausfallen, falls die derzeitige Dürreperiode anhält und vor allem in Oberitalien über die Landwirtschaft hinaus noch andere Wirtschaftsbereiche in Mitleidenschaft gezogen werden. Bereits jetzt ist ein Drittel der italienischen Ernte verloren. Nachfrage und Produktion dürften sich im Laufe des zweiten Halbjahrs nur langsam beleben, vor allem weil dann die Ausfuhr zunehmend aufwärts tendiert und sich die Investitionstätigkeit langsam normalisiert. Der private Konsum dürfte trotz wieder steigender Reallöhne wenig beschleunigt ausgeweitet werden, und der öffentliche Verbrauch expandiert nicht wesentlich langsamer als im Jahr zuvor. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage etwas, da die Beschäftigung im Verlauf nicht mehr zunimmt. Die Arbeitslosenquote erhöht sich auf $9\frac{1}{4}\%$ im Jahresdurchschnitt. Der Preisauftrieb wird zwar langsamer, doch steigen die Konsumentenpreise mit $2\frac{3}{4}\%$ im Schnitt des Jahres erneut spürbar stärker als im westeuropäischen Mittel.

Der **private Konsum**, auf den 60% des BIP entfallen, dürfte lediglich um $\frac{3}{4}\%$ ausgeweitet werden, obwohl zu Jahresbeginn ein beträchtlicher Überhang besteht. Doch beruht dieser auf einer durch Steuersenkungen stimulierten Sonderkonjunktur beim Automobilabsatz. Diese ließ schon im ersten Quartal nach, an dessen Ende die Vergünstigungen ausliefen. Im zweiten Quartal kam es zu einem massiven Einbruch, und es ist nicht so bald mit einer Erholung zu rechnen, obwohl die Zinsen niedrig sind. Hierauf lässt auch das schlechte auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima schließen. Zur gedrückten Stimmung trugen auch die Massenentlassungen bei FIAT, traditionell eines der italienischen Vorzeigunternehmen, bei.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002	2003 ^{a)}				2004 ^{a)}			
			ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	ISAE ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	1,8	0,4	1,2	0,7	1,0	1,0	2,2	1,7	2,1	2,4
Inlandsnachfrage	1,8	1,1	1,5	1,5	1,5	0,8	2,3	2,3	2,1	2,3
Privater Verbrauch	1,0	0,4	1,5	1,3	1,8	1,0	2,1	2,2	2,2	2,4
Staatsverbrauch	3,6	1,7	0,5	1,2	1,8	1,2	0,8	0,7	0,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	0,5	2,3	0,2	1,7	1,1	3,9	3,1	3,1	3,5
Exporte ^{f)}	1,1	- 1,0	3,0	0,2	2,8	4,4	5,9	4,5	6,0	5,5
Importe ^{f)}	1,0	1,5	4,0	2,9	4,6	3,8	6,4	6,3	6,1	5,4
Industrieproduktion (ohne Bau)	- 1,1	- 1,4	n.a.	- 0,1	n.a.	n.a.	n.a.	1,8	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVP)	2,3	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,1	1,6	1,9	1,9
Arbeitslosenquote	9,4	9,0	9,1	8,9	9,1	9,2	8,7	8,8	8,8	8,9
Leistungsbilanz ^{g)}	0,3	- 0,3	- 0,8	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 1,0	- 1,1	- 0,5	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,4	- 2,3	- 2,4	- 3,0	- 2,8	- 3,1	- 2,8

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Istituto di Studi e Analisi Economica, Rom, vom März 2003. – ^{c)} Associazione PROMETEIA, Bologna, vom Juni 2003. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2003. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Dämpfend wirken auch die von öffentlichen Institutionen und Konjunkturbeobachtern laufend herunterrevidierten Konjunkturprognosen. Ferner nimmt die Beschäftigung im Verlauf nicht mehr zu, und es ist mit einem weiteren Anstieg der Sparquote (2002: 16,3%) zu rechnen. Damit verpufft ein Teil der Reallohnerrhöhung von etwa 1%. Neben der Absatzflaute bei Neuwagen dürften auch die Verkäufe von Einrichtungsgegenständen zur Schwäche neigen, da der Wohnungsneubau zurückgeht. Unterhaltungselektronik wird hingegen sehr lebhaft nachgefragt. Der **öffentliche Verbrauch**, auf den 19% des BIP entfallen, dürfte um 1 1/2% zunehmen.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am Bruttoinlandsprodukt 20%), die gegenüber 2002 um 3/4% zurückgehen dürften, setzt sich die vorjährige, durch »Tremonti Bis« verursachte Verzerrung fort, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, wie der Einbruch bei den Auftragseingängen im März zeigte. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen. Die in das Jahr 2002 vorgezogenen Investitionen fehlen jetzt, mit der Folge eines kräftigen Rückgangs. Erst gegen Ende des Jahres ist eine Tendenz zur Normalisierung wahrscheinlich, gefördert durch gesunkene Zinsen, fortschreitende Restrukturierungsfortschritte bei den Unternehmen und das sich aufhellende internationale Umfeld mit günstigen Effekten für die Absatz- und Ertrags Erwartungen. Zudem lag die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie trotz eines längeren Rückgangs zuletzt mit 75,6% erst wenig unter dem langjährigen Durchschnitt von 77%. Mit Erweiterungsinvestitionen ist gleichwohl kaum zu rechnen, und die Unternehmen konzentrieren sich auf die Rationalisierung sowie auf den Ersatz veralteter Anlagen, auch um die im internationalen Vergleich weiter überdurchschnittlich steigenden Lohnkosten wenigstens teilweise zu kompensieren. Für die Bauinvestitionen zeichnet sich nach dem kräftigen Aufschwung der Jahre 1997 bis 2002 eine

Flaute ab, weil steuerliche Anreize entfallen. Das gilt in erster Linie für den industriell-gewerblichen Bau, wo das Tief bei den Ausrüstungsinvestitionen, zunehmende Leerstände und sinkende Mieten das Investitionsklima belasten und der Bedarf an Hotelbauten nach dem starken Anstieg der Vorjahre zunächst gesättigt ist. Der Wohnungsneubau nimmt trotz gesunkener Hypothekenzinsen nur noch wenig zu (worauf die Baugenehmigungen hindeuten); die Expansionsraten hatten in den Jahren 2000/2002 zwischen 6,2 und 8,5% gelegen. Bei Renovierungen macht sich das Auslaufen steuerlicher Fördermaßnahmen Ende Juni 2003 bemerkbar. Nach dem Boom der Vorjahre expandieren die Investitionen im Telekommunikationssektor verlangsamt. Demgegenüber will die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen stärker ausweiten als im vergangenen Jahr.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen, mit einem Anteil am BIP von 28%, dürften lediglich um 1% expandieren. Nach einer leichten Verbesserung um die Jahreswende 2002/2003 beurteilten die Unternehmen ihre Bestände an Exportaufträgen so schlecht, dass für das Sommerhalbjahr mit einer Exportrezession gerechnet werden muss. Erst gegen Jahresende ist im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung mit einer spürbaren Besserung zu rechnen. Als schwerwiegender, aber temporärer Faktor wirkt die konjunkturelle Flaute in Westeuropa, wo 2002 57% der Warenausfuhr abgesetzt wurden. Zudem schlägt die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar heuer besonders retardierend zu Buche. Einem längerfristigen Trend folgend, macht sich die sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit, vielfach auch technologischer Rückstand, dämpfend bemerkbar. Die **Einfuhr** nimmt entsprechend der flauen Inlandsnachfrage lebhafter zu als der Export, so dass die **Leistungsbilanz** trotz spürbar verbesserter Terms of Trade eine bei 1/2% des BIP liegenden Fehlbetrag ausweisen dürfte.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage, wobei die Industrie Arbeitsplätze zumindest im bisherigen Ausmaß abbaut und im Dienstleistungsbereich nicht mehr so viele zusätzliche Stellen wie bisher geschaffen werden. Dem jahrelangen Anstieg der Beschäftigung folgt heuer eine Stagnation im Verlauf. Dies, obwohl einem Aufruf der Regierung folgend, etwa 650 000 Beschäftigte aus der Schattenwirtschaft (was ca. 3% der offiziell Beschäftigten entspricht) ihre Legalisierung beantragt haben; allerdings werden die Ansuchen von der Verwaltung so schleppend bearbeitet, dass die Zahl der offiziell Beschäftigten hierdurch kaum beeinflusst wird. Und die Anfang des Jahres erfolgte weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes dürfte ihre arbeitsschaffende Wirkung wegen der flauen Konjunkturentwicklung noch nicht entfalten. Da die Erwerbsbevölkerung auch durch Zuwanderung weiter steigt, erhöht sich die Arbeitslosenquote auf 9¹/₄% im Jahresdurchschnitt.

Nachdem die Preise zunächst gesunken waren, haben sie im März/April spürbar angezogen, wesentlich bedingt durch steigende Energiepreise im Vorfeld des Irak-Konflikts. Seither ist eine Tendenz zur Beruhigung des Preisauftriebs zu erkennen, bei der es vor allem dank stabilisierender Importpreise auch für den Rest des Jahres bleiben dürfte. Hierauf lässt auch die Entwicklung der Erzeugerpreise schließen. Allerdings sind infolge der lang anhaltenden Dürre die Obst- und Gemüsepreise zuletzt um rund 50% gestiegen. Auch auf anderen Gebieten sind dürrebedingt kräftige Preissteigerungen zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt liegen die **Konsumentenpreise** (HVPI) um 2³/₄% über dem Niveau von 2002.

Wirtschaftsentwicklung 2004

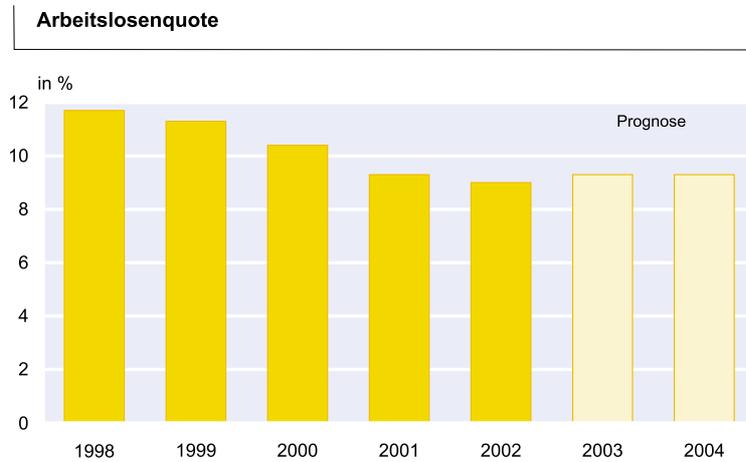
Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1¹/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3¹/₄%. In **Westeuropa** und der EU erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; im Euroraum expandiert es fast so stark und in Deutschland um 1³/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 26 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 6¹/₂% ausgeweitet werden.

In **Italien** nehmen Nachfrage und Produktion leicht beschleunigt zu, wesentlich stimuliert von der anziehenden Weltkonjunktur, während die Wirtschaftspolitik kaum An-

stöße gibt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 1¹/₂% expandieren. Am kräftigsten erholt sich die **Ausfuhr**, aber auch die Bruttoanlageinvestitionen überwinden die Schwächephase. Der private Konsum nimmt etwas rascher, der Staatsverbrauch langsamer zu als 2003. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage erst im späteren Verlauf des Jahres, so dass die Arbeitslosenquote mit 9¹/₄% im Jahresdurchschnitt konstant bleibt. Die Verbraucherpreise steigen moderat und liegen um ca. 2¹/₄% über dem Niveau von 2003. Das Defizit der Leistungsbilanz vergrößert sich erneut.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen expandiert um 4¹/₄%, was im Verlauf eine deutliche Beschleunigung bedeutet. Gleichwohl bleibt die Rate unter dem Welthandelswachstum. Ursachen hierfür sind die sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (wenn auch die Effekte allmählich abklingen), die Krise des Autoproduzenten FIAT und die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Exports auf Westeuropa, wo die Konjunktur langsamer Tritt fasst als in anderen Weltregionen. Zunächst springen die Lieferungen hochpreislicher und hochqualitativer Konsumgüter an, bei denen Italien nach wie vor zu den Weltmarktführern zählt. Erst im späteren Jahresverlauf folgen die Produkte des Maschinenbaus (hier ist Italien ebenfalls eine der führenden Exportnationen) mit der Beschleunigung des internationalen Investitionszyklus. Der nach wie vor preissensible Ausländertourismus dürfte auch infolge der flauen Konjunktur in wichtigen Herkunftsländern etwas zurückgehen. Die **Einfuhr** wird nur etwas stärker ausgeweitet als der Export. Bei nur noch wenig veränderten Terms of Trade könnte das Passivum der **Leistungsbilanz** auf 3/4% des BIP steigen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** werden um rund 2% ausgeweitet. Die Erholung basiert ausschließlich auf den Ausrüstungsinvestitionen. Hier klingen die Vorzieheffekte von »Tremonti Bis« ab, und die zyklischen Elemente setzen sich durch: Absatz- und Ertragsaussichten werden optimistischer beurteilt, die Finanzierungsbedingungen sind noch günstig, die Auslastung der Kapazitäten steigt, und es wird forciert in die Rationalisierung investiert, um die Produktivität zu verbessern. Bei den Bauinvestitionen, die etwa die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen ausmachen, ist hingegen trotz niedriger Zinsen ein Rückgang wahrscheinlich. Dieser resultiert aus dem Ende verschiedener, während der letzten Jahre kräftig in Anspruch genommener steuerlicher Förderprogramme; Mitte 2003 ist jenes für Altbausanierung und Renovierungen ausgelaufen. Beim Wohnungsneubau ist ein weiterer Rückgang absehbar. Auch der industriell-gewerbliche Bau wird eingeschränkt, zumal die Leerstände bei Geschäftslokalen und Bürobauten vielfach noch erheblich sind. Der öffentliche Bau (ca. ein Fünftel der Bauinvestitionen) wird hingegen langsam ausgeweitet, wobei die laufenden Infrastrukturprogramme leicht be-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

schleunigt realisiert werden und neue größere Projekte – u.a. der Staatsbahn – anlaufen.

Der **private Konsum** (+ 1³/₄%) erholt sich allmählich lebhafter, stimuliert von den stärker als 2003 steigenden Realöhnen und der im weiteren Verlauf wieder zunehmenden Beschäftigung. Mit dem günstiger werdenden Konsumklima dürfte zudem die Sparquote etwas sinken. Die durch vorangegangene Steuervergünstigungen verursachte Flaute beim Pkw-Absatz wird indes nur langsam überwunden, und die Verkäufe von Einrichtungsgegenständen leiden unter dem rückläufigen Wohnungsneubau. Der **Staatsverbrauch** wird um 1¹/₄% ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, bessert sich die Situation allmählich, wenn auch die Arbeitslosigkeit zunächst noch steigt. Aber die Beschäftigung nimmt im weiteren Verlauf langsam zu, wobei es sich jedoch ganz überwiegend um Teilzeitstellen handelt; im industriellen Sektor dürfte der Stellenabbau zunächst weitergehen. Die Diskrepanz zwischen Nord- und Süditalien bleibt sehr ausgeprägt. Während im Norden wieder annähernd Vollbeschäftigung herrscht und der Mangel an Fachkräften zunimmt, bleibt die Arbeitslosigkeit im Mezzogiorno sehr hoch. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote bei steigender Erwerbsbevölkerung neuerlich 9¹/₄% betragen.

Der Preisauftrieb bleibt moderat, beschleunigt sich jedoch gegen Ende des Jahres wieder. Dann dürften die Unternehmen versuchen, im Zuge der besseren konjunkturellen Entwicklung ihre vielfach gedrückten Gewinnmargen langsam wieder zu erhöhen. Auch klingen die stabilisierenden Effekte der Euro-Aufwertung ab, und der Anstieg der Lohnstückkosten verlangsamt sich nur allmählich. Sollte die Regierung fortfahren, die finanziellen Zuweisungen an die Regionen und Provinzen zu kürzen, sind zusätzlich Erhöhun-

gen von Steuern, Gebühren und administrativen Preisen zu erwarten. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um etwa 2¹/₄% über dem Niveau von 2003 liegen.

Abgeschlossen am 25. Juli 2003